

NACHRICHTEN

Lage in Südspanien beruhigt

ALMERIA: Nach dreitägigen ausländerfeindlichen Krawallen hat sich die Lage in der südspanischen Kleinstadt El Ejido merklich beruhigt. Die Nacht zum Mittwoch sei die ruhigste seit dem Beginn der gewaltsamen Übergriffe auf marokkanische Gastarbeiter gewesen. Erneut sei eine Fabrik für Kunststoffe von Randallern in Brand gesetzt worden, berichtete das staatliche Radio RNE weiter. Ansonsten habe es keine Zwischenfälle gegeben. Bei den Krawallen, die am Samstag nach der Ermordung einer Spanierin durch einen Marokkaner ausgelöst worden waren, wurden mehr als 50 Menschen verletzt.

PKK will Öcalans Aufruf folgen

ANKARA: Die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK will nach eigenen Angaben ihren bewaffneten Kampf einstellen. Ein PKK-Kongress habe beschlossen, der Anordnung ihres in der Türkei inhaftierten Anführers Abdallah Öcalan zu folgen und den bewaffneten Kampf einzustellen. Dies geht aus einem Fax hervor, das gestern der Nachrichtenagentur Reuters in Ankara zugesandt wurde. Ranghohe PKK-Mitglieder hatten sich rund 20 Tage lang an einem geheimen Ort getroffen, um über den künftigen Kurs der Organisation zu beraten. Die PKK kämpft seit 15 Jahren für einen autonomen Kurdenstaat im Südosten der Türkei.

Forbes gibt Rennen um US-Präsidentschaft auf



WILMINGTON: Das Feld der republikanischen Bewerber um die US-Präsidentschaft wird kleiner. Der Verleger und Millionär Steve Forbes (Bild) steigt nach Fernsehinformationen aus dem Rennen aus. Forbes ziehe damit die Konsequenzen aus seinem schlechten Abschneiden bei der Vorwahl im kleinen Bundesstaat Delaware. Er hatte Millionen aus seiner eigenen Kasse in seine Präsidentschaftskampagne gesteckt. Bei der Vorwahl in Delaware hatte Forbes nur 20 Prozent der Stimmen erhalten und war damit hinter dem texanischen Gouverneur George Bush und Senator John McCain nur auf Platz drei gekommen. Bush hatte die Vorwahl in Delaware mit 51 Prozent der Stimmen überlegen gewonnen. John McCain brachte es auf 25 Prozent. Forbes hatte auf ein besseres Abschneiden gehofft, da McCain, der bei der ersten Vorwahl vor einer Woche in New Hampshire den Favoriten Bush klar geschlagen hatte, vor der Kandidatenkür kein einziges Mal in Delaware aufgetreten war. Vor vier Jahren hatte Forbes die Vorwahl in Delaware noch vor dem Hauptfavoriten Bob Dole gewonnen, der später als republikanischer Präsidentschaftskandidat gegen Amtsinhaber Bill Clinton verloren hatte.

Freundschaftspakt unterzeichnet

SEOUL: Russland und Nordkorea haben am Mittwoch einen neuen Freundschaftspakt geschlossen. Das neue Abkommen löst den Vertrag ab, in dem Moskau Pjöngjang zu Zeiten des Kalten Kriegs militärischen Beistand zugesagt hatte, wie die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA meldete. Unterzeichnet wurde es von den beiden Aussenministern Igor Iwanow und Paek Nam Sun. Iwanows Besuch ist der erste eines hochrangigen Moskauer Vertreters in Pjöngjang seit zehn Jahren. Ein Mitarbeiter des südkoreanischen Aussenministeriums begrüßte den neuen Vertrag. Die Beistandsklausel sei ohnehin überholt gewesen. Dies werde auch zu Frieden und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel beitragen. Statt der gestrichenen Klausel steht nun in dem neuen Vertrag, dass beide Seiten ihre Zusammenarbeit intensivieren wollen, solange dies nicht im Gegensatz zu anderen bilateralen Beziehungen steht.



Fassunglos blickt dieser Libanese aus seiner von den Israelis zerstörten Wohnung im 11. Stock eines Hochhauses auf das Meer hinaus.

Mit «verbrannter Erde» gedroht

Israel setzt Luftangriffe in Südlibanon fort

JERUSALEM: Israel hat seine massiven Luftangriffe in Libanon auch am Mittwoch fortgesetzt. Die EU-Kommission und mehrere arabische Länder warfen der israelischen Regierung vor, durch ihr Vorgehen den Nahost-Friedensprozess zu gefährden.

Aussenminister David Levy warnte die pro-iranische Hisbollah-Miliz in Südlibanon davor, Raketen gegen Ziele in Nordisrael abzufeuern. In diesem Fall werde Israel dafür sorgen, dass «Libanons Erde brennt», sagte Levy in Jerusalem. Israel kön-

ne militärisch Libanons Wirtschaftsinteressen so stark treffen, dass ein Wiederaufbau Jahre dauern würde. Der Aussenminister sprach nach einer Sitzung des israelischen Kabinetts unter Leitung von Ministerpräsident Ehud Barak. Levy warnte die Regierung in Beirut erneut, nicht ihr Schicksal in die Hände der Hisbollah-Kämpfer zu legen.

Angesichts der Bedrohung durch Raketenbeschuss aus dem libanesischen Grenzgebiet haben etwa 80 Prozent der Bevölkerung der nordisraelischen Grenzstadt Kiriath Schmona den Ort verlassen. Die übrigen mussten auf Befehl der Armee auch am Mittwoch die meiste

Zeit in Luftschutzräumen verbringen. Israeliische Kampfflugzeuge flogen in den frühen Morgenstunden wieder Angriffe auf Ziele in Südlibanon am Rande der israelisch besetzten «Sicherheitszone» und im westlichen Bekaa-Tal. Die Jets feuerten mehrere Raketen in die Aussenbezirke des Dorfes Zawter östlich der Hafenstadt Tyrus. Auch in der Nacht hatten die Israelis mehrere Angriffe gegen Ziele im südlichen Libanon geflogen. Dabei wurden mindestens vier Menschen in Tyrus verletzt. Die massiven israelischen Angriffe hatten in der Nacht zum Dienstag begonnen. Damit sollte Vergeltung für mehrere His-

bollah-Angriffe geübt werden, bei denen in den vergangenen Tagen vier israelische Soldaten ums Leben gekommen waren.

Am Dienstag hatten Hisbollah-Kämpfer in der israelisch besetzten Zone einen weiteren israelischen Soldaten mit einer Panzerabwehrakete getötet. US-Aussenministerin Madeleine Albright wies US-Vermittler Dennis Ross an, in der kommenden Woche erneut in die Region zu reisen. Sie teilte mit, sie habe mehrfach mit dem syrischen Aussenminister Faruk el Schara telefoniert und ihn gebeten, den syrischen Einfluss auf die Hisbollah zu nutzen.

Russische Luftwaffe setzt Angriffe fort

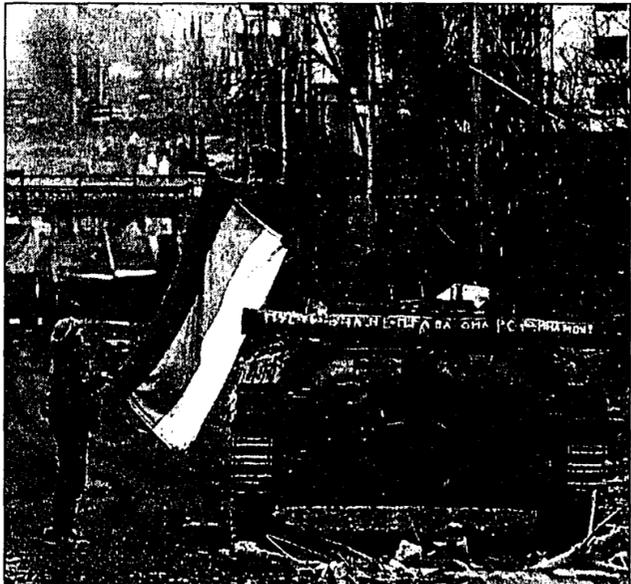
MOSKAU: Die russische Luftwaffe hat am Mittwoch ihre Angriffe im Süden Tschetscheniens fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Bomben- und Raketenangriffe lagen Stützpunkte der Rebellen im Argun-Flusstal sowie bei Wedeno, berichtete die Agentur Interfax.

Die schwer zugängliche Gebirgsregion gilt nach dem Fall der Hauptstadt Grosny als die letzte Bastion der Rebellen. Nach Darstellung russischer Militärs wurden im Argun-Tal rund 3000 Rebellen von den russischen Einheiten eingeschlossen. Insgesamt wurde die Zahl der Rebellen in den Bergen auf bis zu 8000

geschätzt. Knapp sechs Monate nach Ausbruch des bewaffneten Konfliktes im Kaukasus wurden in Russland erstmals offizielle Verlustlisten mit den Namen gefallener Soldaten veröffentlicht.

Die 279 Angehörigen der Armee und von Sondereinheiten des Innenministeriums waren im August und September des Vorjahres bei den Kämpfen in Dagestan ums Leben gekommen, nachdem dort Rebellen aus Tschetschenien eingefallen waren.

In dem danach folgenden Feldzug in Tschetschenien sind bisher 1123 Angehörige der russischen Einheiten getötet worden.



Soldaten hissen im eroberten Teil Grosnys die russische Flagge.

Le Pen muss Sitz abgeben

PARIS: Der Vorsitzende der rechtsextremen französischen Partei Front National (FN), Jean-Marie Le Pen, muss seinen Sitz im Europaparlament abgeben. Zugleich verliert er auch sein Mandat im Regionalparlament der südfranzösischen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur.

Dies teilte der 71-Jährige am Mittwoch der Nachrichtenagentur AFP mit. Le Pen kündigte an, gegen beide Entscheidungen Rechtsmittel einzulegen. Das Pariser Kassationsgericht hatte im November das Urteil eines Versailler Berufungsgerichts bestätigt, wonach Le Pen für die Dauer eines Jahres unwählbar ist.

Zunächst war offen geblieben, ob er seinen Sitz im Europaparlament abgeben muss oder ob sich der Verlust des passiven Wahlrechts nur auf künftige Wahlen bezieht. In ähnlichen Fällen waren für unwählbar erklärte Abgeordnete sofort zurückgetreten.

Le Pen war auch rechtskräftig zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 5000 Franc (rund 1200 Franken) verurteilt worden. Grund war ein gewalttätiger Wahlkampfauftritt im Mai 1997.

Der FN-Chef hatte kurz vor den Parlamentswahlen im Pariser Vorort Mantes-la-Jolie eine sozialistische Kandidatin geschlagen.

CDU muss zahlen

Parlament will angeblich 41 Mio. Mark zurück

BERLIN: Die deutschen Christdemokraten (CDU) müssen nach Informationen der «Frankfurter Rundschau» wegen der Finanzaffäre der Partei 41 Millionen Mark an die Bundeskasse zurückzahlen.

Parlamentspräsidenten Wolfgang Thierse will die Höhe der Sanktionen gegen die CDU wegen Verstößen gegen das Parteiengesetz am kommenden Dienstag bekannt geben. Wie die Zeitung in ihrer heutigen Ausgabe berichtet, gibt es bei der von Thierse vorbereiteten Entscheidung «keinen Ermessensspielraum».

Auf Grund des Parteiengesetzes muss die Summe zurückverlangt werden, weil die CDU für 1998

einen nachweislich falschen Rechenschaftsbericht eingereicht hat, insbesondere wegen der Auslandskonten der hessischen Landespartei.

Ratenzahlung

Die CDU werde die Summe aber in Raten abzahlen dürfen, schreibt die Zeitung. Dies bedeute, dass sie anstatt der bisher errechneten rund 17 Millionen Mark, die ihr am 15. Februar als Abschlag zuständen, nur rund 13,5 Millionen Mark erhält.

Die Christdemokraten haben noch keine Ahnung über die Höhe der Rückzahlungen als Strafe für die Verstöße gegen das Parteiengesetz.